

Leipziger Tageblatt

und
Handels-Zeitung

Amtsblatt des Rates und des Polizeiamtes der Stadt Leipzig

№ 501

Haupt-Verleger: Dr. Ewerth, Leipzig

Dienstag, den 1. Oktober

Verlag: Dr. Reinhold & Co., Leipzig

1918

Bulgarien schließt Waffenstillstand

(Amtlich.) Großes Hauptquartier, 1. Oktober.
Wentlicher Kriegs-Hauptlag

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht
Nahe an der Küste haben wir bei einem erfolgreichen Vorstoß einige hundert Belgier gefangen.
Unsere neue Front in Flandern verläuft im Zuge der in der vorjährigen Flandernschlacht ausgebauten rückwärtigen Stellung von dem Handjame-Abchnitt — westlich an Roeseleare vorbei über Ledegem—Geluvel nach Wervik und dann in der Eng-Wiederung nach unserer alten Stellung bei Armentières. Der Feind griff gestern nachmittags zwischen Roeseleare und Wervik an. Er wurde vor unseren Linien abgewiesen. Neben Belgiern und Engländern nahmen wir gestern hier auch Franzosen gefangen.
Vorstöße des Feindes zwischen Fleurbaix und Hulluch und Teilangriffe gegen die Höhen von Frommelles und Aubers scheiterten.
Weiterwärts von Cambrai schloß der Engländer tagsüber seine heftigen Angriffe fort. Am Nachmittage gelang es einer neu eingeleiteten kanadischen Division, vorübergehend nördlich an Cambrai vorbei auf Kamillies vorzustoßen. Unter Führung des Generalleutnants v. Frisch warf die in den Kämpfen zwischen Arras und Cambrai besonders bewährte mittelmontagne 26. Reserve-Division den Feind wieder auf Tillon zurück. Auch südlich von Cambrai haben wir unsere Stellungen gegen den mehrfachen Ansturm des Feindes restlos behauptet.

Heeresgruppe Boehn.

Weiterwärts von Le Cateau nahm der Feind am Nachmittag seine Angriffe zwischen Vendhuile und Joncourt wieder auf. Auch südlich von Joncourt und südlich der Somme entwickelten sich am Abend heftige Kämpfe. Angriffe des Feindes wurden überall abgewiesen.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz.

Gegen unsere Linien zwischen Aisne und Vesle und über die Vesle zwischen Breuil und Jonchery richtete der Feind seine heftigen Angriffe. Trotz mehrmaligen Ansturms sind sie bis auf einen Teilerfolg, der den Feind auf die Höhen nördlich von Breuil führte, gescheitert.

In der Champagne beschränkte sich der Feind auf Teilangriffe südlich der Snippes gegen St. Marie à Py, nördlich von Somme-Py und gegen unsere neuen Linien, die wir in der Nacht nördlich von Auzé und Marvaux

bezogen hatten. Sie wurden abgewiesen; bei St. Marie à Py nahmen wir hierbei zwei französische Kompanien gefangen.

Mit stärkeren Kräften griff der Amerikaner östlich der Argonnen an. Brennpunkte des Kampfes waren wiederum Apremont und der Wald von Montrebeau. Wir schlugen den Feind überall zurück. Er erlitt auch gestern wieder besonders schwere Verluste.

Heeresgruppe Gallwih.

Auf dem westlichen Marsch blieb die Gefechtsfähigkeit auf Störungsfeuer beschränkt.

Infanterie, Pioniere und Artillerie haben an der Vernichtung zahlreicher feindlicher Panzerwagen gleichen Anteil. In den letzten Kämpfen traten sich hierbei besonders hervor: Die Leutnants Euhling und Burmeister vom Reserve-Infanterie-Regiment 90, die Vizefeldwebel Jolkmann vom Garde-Reserve-Schützen-Bataillon und Rauguth vom Reserve-Infanterie-Regiment 27, die Leutnants Keibel vom Feld-Artillerie-Regiment 40, Schreppler vom Feld-Artillerie-Regiment 74, Ribbelt vom Feld-Artillerie-Regiment 108, Maper und Bräuer vom Reserve-Feld-Artillerie-Regiment 241, Berninghaus vom Reserve-Feld-Artillerie-Regiment 65 und Unteroffizier Thele vom Feld-Artillerie-Regiment 40.

Der Erste Generalquartiermeister.
Ludendorff. (W. L. B.)

Wien, 1. Oktober. Amtlich wird mitgeteilt:
An verschiedenen Stellen der albanischen Front örtliche Kämpfe; sonst keine besonderen Ereignisse.

Der Chef des Generalstabes.

Goll die Stahlmauer im Westen ein Loch bekommen, durch das sich der Feind ins Land wälzen kann? Nein! Zeichne die neunte Kriegsanteile!

Bulgarien

Uns wird geschrieben:

In einem Räderwerk müssen alle Räder ineinander greifen, sonst bleibt es stehen oder rückt Unheil an. Ein solches Räderwerk ist der Orient. Darüber ist seit Jahrzehnten genug geschrieben und geredet und gestritten worden. Als die beiden Ostmächte eine nach der anderen auf unserer Seite in den Weltkrieg eingriffen, taten sie das nicht, um uns einen Gefallen zu erweisen, sondern mit ganz bestimmten Zielen ihres gefunden Egoismus vor sich: Bulgarien wollte sich Mazedonien zurückerobern, die Türkei die fremde Vormundschaft abschütteln und sich „konsolidieren“. Daß diese beiden alten Gegner auf ihre Kosten kämen, ohne sich in die Haare zu geraten, das mußte unsere Sorge sein.

Solange im Osten alles gut ging, wo diese Sorge nicht schwer, wir hätten also darauf achten müssen, daß in das Räderwerk keine Sandkörner kämen oder doch sofort entfernt würden. Der Grund, daß der Orient eine weniger wichtige Front darstellte, weil die Entscheidung über den Ausgang des Weltkrieges im Westen läge, war daher bedenklich. Starke Mißstimmung hatte es schon hervorgerufen, daß man den Verbandsmächten erlaubte, Saloniki zum großen Heereslager und Mittelpunkt militärischer Machtentfaltung zu machen; aber sie verbläße wieder allmählich. Da kam aber dann die Räumung von Bagdad, der Verlust von Jerusalem. Diese Schläge lösten in Bulgarien zwei Gefühle aus: einmal wurde es der kleinen, aber alten und darum dem konservativen geistlichen Geist des gemeinen Mannes lieben Partei der Türkenfeinde leicht, mit einer gewissen Berechtigung darauf hinzuweisen, daß die Türken nicht die unbesiegbaren Seiden seien, denen die Gegner, die ja noch immer in Saloniki ständen, unterliegen müßten; und zweitens tauchte — weit schlimmer noch — die Befürchtung auf, daß die in Asien zurückgedrängte Türkei sich nunmehr auf ihre verlorenen Provinzen in Europa besinnen und mit Hilfe Deutschlands Mazedonien wiederzugewinnen versuchen würde.

Hier liegt der Schlüssel zu den Vorgängen in Bulgarien. Das Mißtrauen ist im Herzen des Orientalen immer tief; verstärkt worden ist es zweifellos durch die unklare Lösung der Dobrubtschfrage, die in den Parteikämpfen dazu herhalten mußte. Radislawow zu kürzen; der Haupthebel aber, an dem angelegt wurde, waren die Türkei und Mazedonien, jenes Mazedonien, für dessen Wiedergewinnung Bulgarien ja in den Krieg eingetreten war. Damit ist nun auch der Weg gekennzeichnet, den jede bulgarische Regierung und Deutschland gehen müssen.

Dem Kabinett Radislawow sind anscheinend, wahrscheinlich durch den in Sofia noch amtierenden amerikanischen Gesandten, gewisse Zusagen seitens der Verbandsmächte gemacht worden, die Mazedonien und ihr Vorgehen der Türkei gegenüber betreffen. Wenn die starken mazedonischen Kreise in Sofia ihnen Glauben schenken, so würden sie das weniger auf Grund der augenblicklichen militärischen Lage in jenen Gegenden tun — mißtraulich wie sie sind —, sondern eher infolge von Nachrichten aus anderen politischen Mittelpunkten, wo man vielleicht schon ebenfalls unsere Politik oder unsere militärische Kraft beargwöhnt; auch darf man dabei die bekannten Mittel der Entente, von gedruckter Propaganda bis zur groben Bestechung, nicht vergessen.

Ob aber diese Gründe schwerwiegend genug sind, um der Regierung zu erlauben, den begonnenen Kurs weiter zu verfolgen, ist unsicher bei der Stärke der Gegenparteien, die, nicht aus Liebe zu Deutschland, sondern aus Furcht vor der Verklawung durch die Verbandsmächte und die durch sie veranlaßte Einschränkung durch Serben und Griechen, am Bande mit den Mittelmächten festhalten wollen — unter der stillschweigenden Voraussetzung, daß Deutschland den Fehler, den es begangen hat, wieder gutzumachen willens und imstande ist, Mißtrauen aus dem Wege räumt und sich an der Wiedereroberung Mazedoniens beteiligt. Amtlichen Mitteilungen nach scheint das ja der Fall zu sein.

Der Orient ist ein Räderwerk, in das nur der eingreifen darf, ohne sich zu verletzen, der den Betrieb genau kennt und es zum Stillstand zu bringen imstande ist, bevor es Unheil anrichtet.

Zu der Forderung des neuen nationalliberalen Aktionsprogramms: „Wir verlangen eine den politischen und wirtschaftlichen Anforderungen der Zeit entsprechende durchgreifende Reform des Auswärtigen Amtes und des auswärtigen Dienstes.“ schreibt die „Nationalliberale Korrespondenz“: „Die letzten Vorkommnisse in Bulgarien haben dargetan, daß wir uns in der vorletzten Stunde befinden und wie notwendig es ist, eine Reform an Haupt und Gliedern durchzuführen, um schweren Schaden abzuwenden.“ Ferner heißt es in dem parteiamtlichen Organ: „Wir haben schon darauf hingewiesen, daß dieser Zusammenhang der bulgarischen Krise mit der Dobrubtschfrage uns vor die Frage stellt, ob unsere Politik Bulgarien gegenüber immer sehr glücklich gewesen ist. Wir sind zu dieser Frage um so eher berechtigt, als sie von nationalliberaler Seite nicht erst jetzt erhoben wird, sondern schon früher gestellt wurde, als man die letzten bulgarischen Schwierigkeiten noch nicht voraussehen konnte. Es ist deshalb nicht unmöglich, daß die Lösung der Dobrubtschfrage im bulgarischen Sinne, auch wenn sie nachträglich kommt, vielleicht doch mit zu einer Wendung der Dinge in Sofia beitragen wird.“ — Diese Hoffnung ist nach den neuesten Meldungen, monach der Waffenstillstand bereits abgeschlossen ist, hinjällig. Wir kommen auf diese Tatsache noch zurück. Die Schriftleitung des L. Z.

(gk.) Basel, 1. Oktober. (Eig. Drahtbericht.) Genes meidet aus Paris: Radislawow, so glaubt man, habe seinen Schritt aus Furcht unternommen, daß ihm die Türkei zugehört.

Einstellung der Feindseligkeiten zwischen Bulgarien und der Entente

Wb. Berlin, 30. Sept. (Drahtbericht.) (Verjögert.) Der französische Funkpruch meldet unter dem 29. September: Heute nachst ist ein Waffenstillstand zwischen den bulgarischen Abgesandten und dem Hauptquartier der Orient-Armee in Saloniki unterzeichnet worden. Es ist auf der ganzen Front der Befehl gegeben worden die Feindseligkeiten einzustellen.

Die Vereinbarungen von Saloniki

(d.) Zürich, 1. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Zur Einstellung des Kriegszustandes zwischen Bulgarien und der Entente wird der „Neuen Zürcher Zeitung“ von amtlicher alliierter Seite noch gemeldet: Bulgarien hat die Waffen gestreckt. Der Vertrag ist in Saloniki unterzeichnet worden. Auch der griechische Ministerpräsident Venizelos hat den Vertrag mit unterzeichnet. Die Hauptbedingungen lauten:

1. Zurückstellung der von den Bulgaren besetzten griechischen und serbischen Provinzen an Griechenland und Serbien. Die Befehung erfolgt sofort.
2. Uebergabe von Sofia an die Ententeuppen.
3. Befehung aller bulgarischen Eisenbahnlinien durch die Entente.
4. Vollständige Demobilisierung des bulgarischen Heeres.

(bz.) Genf, 1. Oktober. (Eig. Drahtbericht.) Die „Agence de Balkan“ berichtet über Paris aus Sofia, daß die Haltung der sozialistischen Partei Bulgariens bei dem Entschluß des Jaren Feindes und seiner Minister eine wichtige Rolle spielte. Das Zentralkomitee der sozialistischen Partei sprach nämlich schon am 22. September bei Präsident Radislawow vor und bestand durchaus darauf, daß die politische und militärische Lage sofort in der Sobranje zur Diskussion komme, ob Friedensverhandlungen mit den Alliierten begonnen werden sollen. Die Verhandlungen sollten unternehmen zusammen mit den Agrariern und Radikalisten einen gemeinsamen Schritt, wobei von jenen die gleiche Forderung erhoben wurde, wie von den Sozialisten. In Sofia fanden kriegerische und dynamische Kundgebungen statt, ebenso in Philippopol und Ruschik, wobei Soldaten mit den Manifestanten gemeinsame Sache machten. Die Deutschen wurden auf der Straße belästigt.

(gk.) Zürich, 1. Oktober. (Eig. Drahtbericht.) Die „Zürcher Morgenzeitung“ will von bulgarischer offizieller Seite erfahren haben, daß die bulgarische Regierung vollständig im Einverständnis mit dem König und dem Kabinett den Waffenstillstand angedehnt habe. In politisch maßgebenden Kreisen verhielt man sich auf Anfragen über die eingetretene Lage sehr reserviert. Maßgebende Stellen in Sofia rechneten mit der Zustimmung Deutschlands zum Waffenstillstandsangebot an die Entente. — Der türkische Ministerpräsident Paschik gemeldete einem Vertreter des „Welt Journal“ eine Unterredung, wobei er erklärte, daß man Bulgarien mitbrücken müsse. Es sei möglich, daß Radislawow seinen Schritt unternommen hat, um Zeit zu gewinnen.

(bz.) Genf, 1. Oktober. (Eig. Drahtbericht.) Die „Kawelle Correspondence“ gibt die Auffassung Pariser Kreise wieder, die in Saloniki begonnenen Unterhandlungen hätten zunächst rein militärische Fragen zur Grundlage. Somit wäre auch der Charakter der Verhandlungen vorerst nur rein militärischer Natur gewesen. Nach sei die Stunde der politisch-diplomatischen Besprechungen nicht gekommen. „Erst wenn der politische Militarismus erledigt ist und die Alliierten an den Wiederaufbau von Europa treten, wird es möglich sein, über die künftige Gestaltung Bulgariens zu beschließen. Es ist in der Tat unmöglich, die bulgarische Frage ohne die übrigen orientalischen Fragen zu behandeln. Sie stehen auch mit der künftigen Ausgestaltung Rußlands und Rumaniens in engster Verbindung. Es ist selbstverständlich, daß sich Bulgarien als Bestandteil der Bedingungen der Entente unterwirft. Diese Bedingungen, die von General d'Esperey bereits umschrieben und von den Alliierten gebilligt wurden, sollen die Sicherheit und Handlungsfreiheit der alliierten Armee im Orient verbürgen.“

(bz.) Bern, 1. Oktober. (Eig. Drahtbericht.) Die bulgarische Krise erobert im „Bernener Tagblatt“ folgende Beurteilung: „Trotz dem Scheitern der Verhandlungen ist es doch ein Schritt, der die bulgarische Frage in die Hände der Verbände stellt, denn der Vertrag wird vor allem den Serben helfen und ihr Land wieder groß machen wollen. Das kann jeder Bulgare sich selbst sagen, und deshalb sind wir gar nicht sicher, daß die heute zusammengetretene Sobranje sich einsach von Radislawow leiten lassen wird. Dies wäre gleichbedeutend mit dem endgültigen Verzicht Bulgariens auf jegliche Vormachtstellung auf dem Balkan. Aber dies bedeutet unter Umständen auch den Bürgerkrieg, da nicht anzunehmen ist, daß das Heer sich gutwillig alle seine Vorbeeren zugunsten Serbiens rauben lassen wird. Dieser Schritt Bulgariens kann aber auch den Krieg gegen die bisherigen Bundesgenossen bedeuten, die kaum gewillt sein werden, sich den Weg nach der Türkei durch die Bulgaren verlegen zu lassen. Unser Eindruck ist der, daß man sich weder in Wien, noch in Berlin ins Besondere lassen werden wird. Man ist der festen Zuversicht, daß man im schlimmsten Falle die Situation wird halten und einengen können.“

Der Eindruck in Wien

Wien, 1. Oktober. (Drahtbericht.) Unseres Sonderberichterstellers. In hiesigen diplomatischen Kreisen erklärt man, daß die Entente mit dem Kabinett Radislawow durch den raschen Abschluß des Waffenstillstandes ein fait accompli geschaffen wolle, um sowohl die bulgarische Sobranje als auch die Verbände vor eine vollendete Tatsache zu stellen. Andererseits erklärt man in hiesigen militärischen Kreisen, daß der Abschluß des Waffenstillstandes für die Entente bereits durch militärische Notwendigkeiten diktiert wurde, weil die Ententeoffensive infolge der weitaustragenden Front und der Notwendigkeit einer Konzentrierung der Nachschublinien bereits ihren Kulminationspunkt überschritten hätte.

Die mazedonische Front

(gk.) Bern, 1. Oktober. (Eig. Drahtbericht.) Wie das „Bernener Tagblatt“ berichtet, scheinen die Verhandlungen für die bulgarische Armee in großer Zahl unterwegs zu sein. Es verläut, daß mehrere aus Rumänien kommende deutsche Divisionen von Wladimir unterwegs seien, ebenso Hilfstruppen von Pflanzler-Ballin aus Albanien. Das Blatt betont, ein ähnlicher Vorstoß aus Albanien in die offene Flanke der Serben und Franzosen bei Belgrad hätte die Lage mit einem Schloß wieder herbeiführen.

Die Kabinettsbildung

Der Vizekanzler von Payer und der Reichssekretär Graf Koeders empfangen heute abend zunächst die Führer der einzelnen Fraktionen, um die Parteien und die Unabhängigen Sozialdemokraten. Herr von Payer fragte, wie sich die Parteien der Parlamentarisierung vorstellten, ob in Form eines Koalitionskabinetts, das sämtliche Parteien einfaßt, oder in Form eines Kabinetts, das nur aus Mitgliedern der Mehrheitspartei gebildet sei. Die Parteien erklärten, an einem solchen Kabinett nicht teilzunehmen zu können. Man müsse daher den Mehrheitspartei allein die Verantwortung der Parteiführung überlassen. Auch die Nationalliberalen scheinen nicht große Neigung zu haben, dem Kabinett beizutreten. Herr von Payer erklärte ausdrücklich, daß die Parlamentarisierung sich nicht nur auf die Reichsämter, sondern auch auf die preussischen Staatsministerien erstreckt. Der Artikel 9 Absatz 2 der Reichsverfassung könne im Augenblick ohne einen Vorbehalt der gleichgehenden Faktoren natürlich nicht aufgehoben werden. Der Vizekanzler äußerte sich aus einigen Parteiführern gegenüber zu den Beschwerden über das Belagerungszustandsgesetz. Er hob hervor, daß es nicht ohne weiteres aufgehoben werden könne, da wir mit den Kriegsergebnissen rechnen müßten. Aber es würde dafür gesorgt werden, daß die Machtbefugnisse der stellvertretenden Generalkommandos eingeschränkt würden.

Die Mehrheitspartei haben die Verhandlungen über ein gemeinsames Aktionsprogramm beendet. Das Programm ist bereits so gut wie fertig. Es lehnt sich eng an das sogenannte Mindestprogramm der Sozialdemokraten an, weist aber eine andere Formulierung auf. Insofern hat es einen Kompromißcharakter. Nach der Besprechung der Parteiführer mit dem Vizekanzler hielten einige Parteifraktions-Sitzungen ab.

Die Kandidatenliste für die Staatssekretariate und Ministerposten ist in diesen Tagen natürlich noch keineswegs abgeschlossen. Die Mehrheitspartei dürften einige Vorschlagslisten aufstellen. Immerhin läßt sich schon jetzt ungefähres Bild von dem künftigen Kabinett machen. Als Nachfolger des Grafen Hertling kommt in erster Linie Herr von Payer in Frage. Das Zentrum dürfte vor allem Freiherrn von Rechenberg und Engelbert vorzuziehen. In Kreisen der Fortschrittlichen Volkspartei denke man an Hilbich (Handelsministerium) und Dr. C. Pachtke. Bei der Sozialdemokratie an Ebert (Stellvertreter des Reichskanzlers und Staatssekretär des Reichsamt des Innern). Legien, den Vorsitzenden der Kommission der freien Gewerkschaften (Sozialpolitisches Reichsamt) und eventuell auch noch an Scheidemann. Auch der nationalliberale Abgeordnete von Rittsteden wird als Kandidat genannt, ferner Graf Brodowski-Kanjan als Staatssekretär des Inneren. Die Mehrheitspartei hatten daran fest, Herrn von Payer die Reichsämter anzuweisen. Sollte er sie ablehnen, so käme wohl in erster Linie die Kandidatur Seifs in Frage.

Berlin, 1. Oktober. (Drahtbericht unserer Berliner Schriftleitung.) Die Frage, die bei der Enttarnung der Krise und der Koalitionsministerien oder Regierung einer Koalitionsmehrheit? Es gibt viele Gründe, die das Koalitionsministerium empfehlen. Man ist in Wahrheit eine Zusammenfassung aller Kräfte, so wäre von Rechts wegen die Koalition die vor allem zu erstrebende, nicht die einzige Regierung. Insofern gewinnt es mehr und mehr den Anschein, daß man diesen Weg nicht gehen wird. Man ergreift sich, daß die Koalition alle Staatssekretariate und Ministerien mit parlamentarischer Verantwortung anzuweisen. Die Minister in der neuen Regierung kein Raum mehr bleiben soll, und die Regierung die sich als Zentrum, Sozialdemokratie und Fortschritt zusammenfassen, natürlich auch nicht nennen können. — Ist so stark, daß man vermuthlich auch die Nationalliberalen, mindestens als solche, in die neue Regierung nicht aufnehmen will. Freilich wäre es auch für die Nationalliberalen schwer, in diesem Augenblick von Partei wegen in die Regierung einzutreten. Der eine oder andere von ihnen wird gewiß das gestern beschlossene Mehrheitsprogramm unterstützen können, und die Aufnahme einzelner Nationalliberaler in das Kabinett halten wir nicht für ausgeschlossen, vielmehr ist durchaus wahrscheinlich. Aber die von man, nachdem sie schon die neuen Richtlinien (siehe Seite 1) nicht verleugnen und in weiteren 48 Stunden zu Ideen sich bekehren, die sie durch vier Sitzungen abgelehnt und bekämpft hat. So wird aller Voraussicht nach die erste parlamentarische Regierung des Deutschen Reiches und wohl auch die von Preußen ein etwas einseitiges Gepräge tragen. Es wird das Kabinett der Gruppe sein, die seit dem Sommer 1917 als sogenannte Reichstagsmehrheit ständig wachsend sich durchgesetzt hat.

Ein vergessener Dichter

Von Hermann Michel.

Woldemar Rüdenberg, der sich als Dichter Solitaire (berühmte) nannte, wäre vermuthlich noch weit mehr vergessen, als es ohnehin der Fall ist. Hätte ihm nicht Theodor Storm in seinem unerschütterlichen „Mausbruch deutscher Dichtung“ ein Plätzchen eingeräumt. „Es dürfte“, sagt Storm, „unter den deutschen Dichtern kaum einen innerlich geben, in welchem das Faustische Element zu ergreifender Innerlichkeit und in so lebensvollen, farbigen, wenn auch noch düsterer Blut bestrahlten Schichten zur Erscheinung gekommen wäre.“ Und dieser Dichter ist keineswegs unproduktiv gewesen, sondern hat eine Fülle von Gedichten und Novellen auf den Markt gebracht. Die Sonne des Glücks, die ihm im Leben nicht geblüht hat, ist ihm auch nach dem Tode nicht hold gewesen. Wenige kennen ihn. Seine Schriften sind heute nur mit Mühe aufzutreiben, manche scheinen ganz verschollen zu sein.

Als Sohn eines geistlich hochgestellten, schriftstellerisch vielseitig tätigen Postbeamten am 1. Oktober 1818 zu Gerau geboren, studierte er Medizin in Berlin, Leipzig und Halle, ließ sich dann in dem kleinen Landsberg an der Warthe, wohin sein Vater mittlerweile versetzt worden war, als praktischer Arzt nieder, unternahm große Reisen durch halb Europa, kehrte aber immer wieder nach Landsberg zurück und ist dort, nur 41 Jahre alt, gestorben.

Dies ist fast alles, was wir von seinem äußeren Leben wissen. In sein häuslich bewegtes Innere gestalten uns seine zahlreichen Werke einen Einblick („Josephs Faust“, „Wälder der Nacht“, „Dunkler Wald und gelbe Däne“, „Erzählungen bei Nacht“, „Das Braune Buch“ u. a.). Ein tief verdüstertes, krankhaft empfindliches Gemüth hat sich vor uns. Alles, was Solitaire schreibt, atmet Weltüberdruß und Lebensmüdigkeit. Er malt grau in grau. An schauerlichen Situationen, an schreckhaften Ereignissen verweilt er fast mit einer gewissen Freude. Er hört stets Dissonanzen, Melancholisch steht er in die Abgründe und Schichten des Daseins und findet nur Angst und Not. Ebdemselben scheint ihm das Lächeln und Treiben der Menschen, unerfaßbar das Streben nach Glück. „Wehe dem, der hofft, denn diese Welt weiß keinen Wunsch zu gewähren“, sagt eine seiner Gestalten. Graulom läßt er das Schicksal mit Menschenleben spielen. „Tödtlich“ ist kein Fatalewort. Zufälligkeiten, Ungelegenheiten, Verlust der Mitmenschen sind die Mittel, deren sich das unergründliche Schicksal bedient, das oft gerade dann eintritt, wenn der Mensch schon sein Ziel erreicht zu haben glaubt. Das Schicksal hält uns am Gängelbande wie der Puppenspieler seine Figuren am dünnen Draht: das Lieblingsbild des jungen Goethe und der Romantiker lautet öfter bei ihm auf. Als Opfer des feindseligen Schicksals geht die Mehrzahl seiner Gestalten zugrunde. Der Mensch ist machtlos gegen dies Verhängnis; er unterliegt leidend oder gibt sich selbst den Tod.

In seiner Zeit steht Solitaire nur den Ausdrücken der Ängste. Er sät gottlose Bohrer über das Schicksal und Falsche in anderen Händen, er spottet über die Scheinmoral und die konventionellen Lügen. Das Dampfwortdünne ist ihm tief verhaßt: es macht nur dumpfe, gleichgültige Menschen. Die Eisenbahn scheint ihm der Vertreterpekula-

Kanzler wird, worauf wir schon im Morgenblatt hinwies, aller Voraussicht nach Herr von Payer. In den Kreisen der alten Regierung hätte man gerne den Prinzen Max von Baden an dieser Stelle gesehen, und es gibt zur Stunde wohl auch noch einen gewissen Widerstand, der sich aus der ausgeprägten westfälischen Art des bisherigen Vizekanzlers herleitet. Man meint, Herr von Payer wäre als Ministerpräsident in Preußen nicht gut denkbar. Aber an dieser Einmütigkeit und Bedenken wird die Bestallung des Herrn von Payer zum Reichskanzler sicherlich scheitern. Zurzeit wird noch zwischen den Fraktionen und den Vertretern der alten Regierung eifrig über die Personfragen verhandelt, und das Bild kann sich selbstverständlich von Stunde zu Stunde verschieben. Immerhin spricht eine starke Wahrscheinlichkeit dafür, daß Herr Ebert das Reichsamt des Innern erhält, Herr Siebeck das Reichswirtschaftsamt, Herr Schiffer, der bisherige Unterstaatssekretär im Reichswirtschaftsamt, wird als Kandidat für das preussische Finanzministerium genannt, Herr Friedberg dürfte Minister des Innern in Preußen werden, während Dr. Drees an Stelle des ausscheidenden Herrn Schmidt Kultusminister in Preußen werden soll. Als preussischer Handelsminister hat man Herrn Richter angedacht. Das Auswärtige Reichsamt (sozial) man einem Schwann vorbehaltlich zu wollen, nämlich Graf von Bernstorf, der dann einen parlamentarischer Minister zu seinem Unterstaatssekretär wählen würde. Aber wir betonen ausdrücklich: was wir hier entwerfen, ist ein Augenblicksbild. Als erste und vornehmste Aufgabe der neuen Regierung wird das Zustandekommen des Friedens angesehen. Die Herren hegen die Hoffnung, daß ihnen das in nicht zu ferner Zeit gelingen wird.

Zum Rücktritt des Reichskanzlers

Schreibt die „Nationalliberale Korrespondenz“ u. a.:

Graf Hertling wird selbst das Gefühl gehabt haben, daß in der Entscheidung über den Weltkrieg die Fäden der deutschen Politik einer Hand untertan werden müssen, die sie mit frischer unvorbedachter Kraft führen kann. Denn gerade dieses eine ist unbedingt für eine günstige Entscheidung unseres schweren Kampfes nötig: daß ein Führer an der Spitze steht, der unser Volk auf seinem schweren Weg sicher und fest leitet. Aber mit dem Personwechsel soll auch ein Systemwechsel verbunden sein. Der Kaiser gibt in seinem Erlaß an den scheidenden Reichskanzler dem Willen Ausdruck, daß Vertrauensmänner des Volkes in weitem Umfange an den Rechten und Pflichten der Regierung teilnehmen sollen. Graf Hertling hat es offenbar für richtig gehalten, diese Aufgabe in die Hand eines neuen, in keiner Weise gebundenen Reichskanzlers zu legen. Wir haben schon, als die politische Krise verlagert schien, auf die Notwendigkeit hingewiesen, die Parlamentarisierung in der Zwischenzeit weiter fortzuführen, um die politische Front so eng und so fest wie möglich zusammenzuschließen. Was damals nötig schien, ist heute für das Vaterland ein unmitttelbares Lebensnotwendigkeit geworden. Nach den Worten und dem Willen des Kaisers soll der neue Reichskanzler zur Rechnung tragen. Die nationalliberale Politik hat sich auf die neue Anforderung schon eingestellt. Die programmatische Erklärung, die die nationalliberale Reichstagsfraktion veröffentlicht hat, gibt die Richtlinien an, die nach ihren Anschauungen dem geschlossenen Aufbau der inneren Front dienen können. So trifft der Systemwechsel, der mit dem Abgang des Grafen Hertling verbunden sein soll, unsere Politik nicht unvorhergesehen. Der neue Reichskanzler wird eine neue Aufgabe vor sich finden, die im Lebensinteresse unseres Volkes unbedingt gelöst werden muß und an der die nationalliberale Partei im Interesse des Vaterlandes mitzuarbeiten bereit ist. Die neue Aufgabe war über die Person des Grafen Hertling hinausgemacht. Was er, ehe sie gestellt war, seit dem Herbst u. J. im Amte geleistet hat, sichert ihm den Dank des Vaterlandes.

Die „Liberale Korrespondenz“ sagt:

Das Schreiben des Kaisers läßt für Deutschland eine neue innenpolitische Aera ein. Der Kaiser gibt damit kund, daß er den Wünschen der Reichstagsmehrheit und der großen Mehrheit des deutschen Volkes nach einer Verrückung der Bestimmung der Reichsämter entgegenzukommen bereit ist. Wie weit dies Entgegenkommen reicht, läßt sich heute noch nicht übersehen. Graf Hertling scheidet nach elf Monaten langer Kanzlerschaft aus dem Amte, weil er die Forderung einer Parlamentarisierung der Regierung nicht vertreten zu können glaubt. Er geht als anrechter Mann, gerade die jüngsten Vorgänge auf dem Balkan haben in den letzten Tagen mit äußerster Kraft das Vertrauen nach einer krisenlosen und klaren Regierung, die vom Vertrauen des Volkes getragen und aus den Wirren dieser Zeit hinauszuführen imstande ist, innerhalb und außerhalb des Reiches gestärkt. Die Führer der Mehrheitspartei haben freimütig die Lösung des gegenwärtigen Systems aufgegeben und die Berufung von Vertretern aller gleichgerichteten politischen Parteien in die Reichsleitung gefordert, die Rückhalt im Volke besitzen, um die nationale Verteidigung bis ans äußerste zu organisieren, die aber auch bereit sind, einen Frieden der Verständigung herbeizuführen, sobald der

feindliche Vernichtungswille gebrochen ist, sei es durch den unmittelbaren Widerstand unserer Heere, sei es durch die Einkehr besserer Ueberzeugungen bei unsern Gegnern. Im Reichstag ist wie sich aus den Verhandlungen der letzten Tage ergibt, eine große Mehrheit vorhanden, um die geistlichen Grundlagen für die Bildung einer solchen Regierung herbeizuführen. Wir würden glauben, daß ein Kanzler, der nur mit innerlichem Widerstreben solche Forderungen zu den seinigen macht, und mit einer politischen Vergangenheit belastet ist, die im Widerspruch zu ihnen steht, von vornherein in der Verfolgung des Zieles gescheitert. Die Führung des Kampfes um die preussische Wahlreform durch das preussische Staatsministerium begegnet uns deswegen so vielen Zweifeln im Volke, weil immer wieder der Eindruck sich aufdrängt, daß die Wahlrechtsfrage von der Regierung nicht aus innerer Ueberzeugung der leitenden Männer, sondern nur unter dem Zwange der Verhältnisse vertreten wird. Der Rücktritt des Reichskanzlers muß, schon weil er zugleich preussischer Ministerpräsident ist, auch in dem größten deutschen Bundesstaat Veränderungen in der Zusammenfassung der Regierung nach sich ziehen. Die Hauptsache aber ist die Aenderung des Systems.

Die Zeit ist gekommen, in der die Volkserziehung als Vertretung des ganzen Volkes auch innerhalb der Regierung die ihr gebührende Stellung einnimmt. Wenige Tage bevor der Kaiser in seiner Osterhoffnung vom 7. April 1917 erklärte, daß in Preußen für das Dreiklassenwahlrecht kein Raum mehr ist, wurde halbamtlich in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ das Ziel des Kaisers proklamiert mit den Worten: „Nicht dem Autokratismus, wie Wilson meint, sondern das Volkshöknigtum der Hohenzollern fest in deutscher Erde zu verurteilen, dahin geht der gemeinsame Weg für Kaiser und Volk, dazu muß uns im Sturm die Kraft.“ Das möge vor allem auch in Preußen beachtet werden, denn es genügt nicht, im Reiche die notwendigen Veränderungen vorzunehmen, auch in dem größten Bundesstaate muß die Einheitslichkeit hergestellt werden, um dem Reichsgefühl freie Fahrt zu bereiten.

Während die „Lib. Kor.“ die Berufung von Vertretern aller gleichgerichteten Parteien, also offenbar der Parteien der bisherigen Mehrheit und derer, die sich ihr annähern, wünscht, sagt das nationalliberale Parteiorgan, daß die nationalliberale Reichstagsfraktion einen Boden bereiten will, auf dem sich alle verantwortungsbewußten und verantwortungsbereiten Parteien zur geschlossenen inneren Front zusammenfinden können. Sie hält einen solchen Zusammenstoß nicht nur für das Gebot der Stunde, sondern für das einzige, was augenblicklich zum Wohle des schwer geprüften Vaterlandes geschehen kann und muß. Das würde eine Koalitionsregierung mit Einschluß der Konservativen bedeuten, falls diese teilnehmen wollten. Abgesehen, daß das nicht der Fall ist, würden auch die Linksparteien kaum darauf eingehen.

Wien, 1. Oktober. (Drahtbericht unseres Sonderberichterstatters.) In dem Handwritten Kaiser Wilhelm an den Grafen Hertling wird von Heßler maßgebender Seite erklärt: Wir begreifen diese deutsche Entscheidung aufs wärmste, alle Kräfte im Dienste des Vaterlandes zu mobilisieren. Diese Durchdringung des Kolonialgedankens kann nur die besten Früchte tragen.“

Die Rechte und die Kaiserbotschaft

Berlin, 1. Oktober. (Drahtbericht unserer Berliner Schriftleitung.) Nicht ohne Interesse sind die Stimmen der konservativen Presse zu dem Erlaß des Kaisers. Im allgemeinen scheint die Rechte, wenn auch nur fern, bereit zu sein, ins Unvermeidliche zu gehen. Die „Deutsche Tageszeitung“ meldet zugleich eine Bedingung an. Sie fordert ein Koalitionsministerium der nationalen Verteidigung, dessen Programm gleichsam eine Mittellinie der Anschauungen aller großen Parteien zur Grundlage hätte, und schreibt in der Begründung dieser Forderung: „So ungefähr können wir anerkennen, daß der Gedanke des Kaisers ein Ziel aufweist, aus dessen Verwirklichung Gutes und Heiliges erwachsen könnte. Und für ein solches Ziel können auch Opfer gebracht werden, die freiwillig von allen Seiten zu verlangen wären.“ Die „Post“ ist ganz edelmütig: „Des Kaisers Wille gehe. Es wird erwartet, daß aus der Neuaufstellung der Front die höchste Befreiung für weiteren erfolgreichen Widerstand gegen den Vorkriegsstaat zu erwarten ist.“ Die „Kreuzzeitung“ sagt zusammen: „Wir leben der Entwicklung der Dinge mit großer Sorge entgegen und haben nur den einen Wunsch, daß eine energische Persönlichkeit an die Spitze des Staatskörpers tritt.“ Selbst die „Berliner Nachrichten“ erklären, sich, wenn auch seltener Herzens, auf den Boden des kaiserlichen Erlasses stellen zu wollen.

Der gegengezeichnete Kanzler

Die Willenskundgebung des Kaisers, dem Rücktrittswunsch des Reichskanzlers Grafen Hertling entgegen, ist, so schreibt das „Berl. Zeit.“, rein formell, dadurch besonders bemerkenswert, daß Graf Hertling sie selbst gegengezeichnet hat. Dieser Pflanz der Monarchie durch ein Handwritten die Demission des leitenden Reichsbeamten auszusprechen. Das war schon bei Bismarcks Entlassung der Fall und wurde auch später ausnahmslos bis zu Dr. Michaelis in dieser Weise gehandhabt. Man wird sich erinnern, daß Herr Bismarck nach seinem Rücktritt in den „Hamburger Nachrichten“ diese interessante nachschleifende Frage untersucht hat und daß er dabei auch darauf hinwies, welche Schwierigkeiten sich in dieser Hinsicht bei der Berufung des neuen Kanzlers ergäben. Im hobe der Kaiser jedenfalls nicht zugestimmt, seine Entlassung und die Ernennung des Grafen Caprivi gegengezeichnet. Da der Kaiser jetzt den Grafen Hertling entlassen hat, die Geschichte so lange fortzuführen, bis ein Nachfolger gefunden sei, so ist auch dieses formal-staatsrechtliche Problem glücklich gelöst. Graf Hertling dürfte selbst den Erlaß der Berufung seines Nachfolgers verantwortliche gegengezeichnet. Wir halten dieses Verfahren in einem konstitutionell regierten Staate für allein einwandfrei.

Hertling tritt in den Ruhestand

München, 1. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Die „Münchener Zeitung“ meldet aus Berlin: Der Reichskanzler Graf Hertling wird nach Mitteilungen aus seiner Umgebung mit dem Rücktritt vom Kanzleramt gänzlich aus dem politischen Leben scheiden. Eine große Berliner Spektakelfirma erhält den telegraphischen Auftrag des Kanzlers, seine Ueberführung nach Bayern für die dritte Oktoberwoche auszuführen.

Zusammentritt des Bundesrats

Berlin, 1. Oktober. (Eig. Drahtbericht.) Der Bundesrat tritt am kommenden Donnerstag zusammen. In der bevorstehenden Sitzung wird die Entscheidung über die Aufhebung des Artikels 9 der Reichsverfassung fallen. Erst dann wird es verfassungsmäßig sein, eine parlamentarische Regierung im Sinne der Reichstagsmehrheit zu bilden.

Der Ministerrat des Reichstages wird am Mittwoch vor-mittag zusammentreten und zur Frage der Einberufung der Vollversammlung des Reichstages Stellung nehmen.

Herr von Payer lehnt ab

Berlin, 1. Oktober. (Drahtbericht unserer Berliner Schriftleitung.) Wie wir schon erfahren, hat Herr von Payer endgültig abgelehnt das Reichskanzleramt zu übernehmen. Wie wir hören, ist das Ablehnungsgesuch des Herrn von Payer bis zur Stunde nicht genehmigt worden. Wir vernahmen auch, daß der Staatssekretär des Reichs mehrfach in letzter Zeit um seinen Abschied eingekommen ist, und daß auch schon ein neues entsprechendes Gesuch dem Kaiser vorliegt.

Einberufung des bayerischen Landtags. Durch Allerhöchste Verordnung ist der bayerische Landtag, der bis auf weiteres vertagt war, zum 14. Oktober einberufen worden.

tion, dem Börsenspiel, der Ueberfüllung Vorschub zu leisten. Er entwirft sich über die Habgier, den mühseligen Erwerb, das goldene Kalb der Genußsucht. Die ganze Welt kommt ihm vor wie ein Fächermarkt, wo lediglich wertlose Lappalien, in Fabriken gefertigt, zu haben sind.

Eine bessere Gestaltung der sozialen Verhältnisse liegt ihm am Herzen; er hat ein warmes Gefühl für die Unterdrückten und Enterterten. Der Adel kommt bei ihm nicht so sehr in Frage, als die Arbeiter, überhaupt den Besessenen, ist er nicht zugewandt. Manche seiner Schilderungen gemahnen in ihrer Verzerrung an Heinrich Manns unerreichten Roman „Die Armen“. Einmal heißt es bei ihm: „Es haben gar sehr lauterhafte Gedanken, diese Armen, sie haben eine unsichtbare, eine unbürgerliche Leidenschaft — auf Brot.“

Nur wer Humor hat, sagt Solitaire, kann das Leben des 19. Jahrhunderts verstehen und seiner froh werden. Er verachtet es mit diesem Rezept, doch es brachte ihm keine Heilung. Sein Humor hat nichts Befreiendes, sein Lachen klingt schrill oder gelblich, sein Witz ist schneidend und bitter. Aus der Schellenkappe, die er unternimmt, scheint uns bisweilen eine Teufelslust entgegen. Auch Wilhelm Raabe, mit dem er manches gemein hat, so die Vorliebe für seltsame oder possidliche Personennamen, kennt diesen schmerzvollen Humor, diese Menschenverachtung, diesen Ekkel am Dasein. Über gemüthlos und hoffnungslos, gibt er sich so trostlosen Stimmungsmomente nicht dauernd hin, sondern sucht sie zu verdrängen und zu überwinden.

Aus Verzweiflung über die Menschen, sucht Solitaire Zuflucht im Umgang mit der Natur. Allein auch sie kann sein Sehnen nicht stillen, da er nur sein Empfinden in sie hineintraut. Es war ihm nicht gegeben, anständig in das Wesen der Natur wie in den Wägen eines Fremden zu schauen. Er zeigt fast ausschließlich die düsteren Seiten der Natur, die Finsternis der Nacht, das Herannahen des Gewitters, den Aufruhr der Elemente. Mit virtuosom Geächel entwirft er unheimliche Landschaftsbilder: schwarze Wälder, öde Klippen, zerfetzte Wälder, zerzaufte Fächer, verwirrte Büsche, einsame Seen. Das weiße, unendliche Meer, Seesturm und Vogennarr, hat er immer wieder geschildert; offenbar fand er darin, ähnlich wie Byron und Goethe, das beste Symbol für sein von Jüdeln und Kämpfen durchwühltes Innere.

Wo stammt der Mitleid her in diesem Leben? War Solitaire ein Bankrotter des Daseins? War es körperliches Leiden, war es geistige Not, war es Liebesleidenschaft, war es Mangel an Gut und Geld, was Solitaire zu so großen Dissonanzen trieb? Wir wissen es nicht. Vielleicht war es alles zusammen. Wittert er in dem Grund seiner Jenseitigkeit in den Jenseitsverhältnissen zu suchen. Weshalb sagte er sich ihnen? Weshalb nahm er den Kampf mit den widerstrebenden Mächten nicht auf? Doch er wenig Anerkennung fand, hat ihn schließlich verstimmt; doch er in einem wildigen Eitücheln mit einem Beruf, den er nicht gern ausübte, sein Leben fristen mußte, hat ihn schwer behämmert. Weshalb blieb er gerade in Landsberg? Weshalb suchte er sich nicht mit seiner finstren Feder zu ernähren? Wir wissen es nicht.

In einer seiner Geschichten erzählt er von einem sprachkundigen Stiermäh, der wenn man ihm eine bestimmte Frage vorlegt, kreischend erwidert: „Der bitter, gar bitter, gar bitter!“ — Es ist die Antwort, die Solitaire auf die Frage nach dem Wert des Lebens gegeben hat.

berl...
das...
wäre...
Balk...
hat...
Gräf...
bring...
Auftr...
föhr...
gab...
männ...
führ...
Min...
ill...

berl...
Wek...
frag...
Komm...
erf...
kung...

berl...
in Pr...
unter...
gesch...
reich...
Regier...
wurde...

Berl...
krieger...
Abh...
der...
zurzeit...
Kämpfe...
kann...
ein...
Verlust...
einer...
ein...
W...
sen...
ständig...
bet...

Berl...
Schwid...
dungs...
franz...
Nach...
Entsch...
mäßig...
taten...
e...
Ereign...
dem...
im...

Ce...
Temp...
Dros...
tiller...

571
In...
Der...
nos...
and...
Der...
Ange...
Auf...
Waff...
Geis...
selbe...
z...
nicht...
die...
L...
und...
eine...
an...
neuen...
Meere...
Jun...
Jsm...
Jauf...
Der...
Sadow...
Und...
für...
Über...
Lud...
Lud...
L...
des...
und...
L...
Schale...
wint...
selbst...
des...
d...
eine...
J...
J...
J...
J...
J...

Bevorstehende Programmrede Hussareks

Wien, 1. Oktober. (Drabbericht unseres Sonderberichterstatters.) Nach zweimonatiger Pause tritt heute das österreichische Abgeordnetenhaus wieder zusammen...

Wien, 1. Oktober. (Drabbericht unseres Sonderberichterstatters.) Der ungarische Ministerpräsident Dr. Wekerle hat sich gegenüber Pressevertretern über die Friedensfrage folgendermaßen geäußert...

Die Tschechen bleiben staatsfeindlich

Wien, 1. Oktober. (Drabbericht unseres Sonderberichterstatters.) Aus Prag wird gemeldet: Die am Sonntag in Prag abgehaltene Versammlung der tschechischen Abgeordneten unter dem Vorherrschaft Dr. Kramarš hat abermals eine Resolution gefaßt...

Die Kämpfe in Flandern

Berlin, 1. Oktober. (Drabbericht unserer Berliner Schriftleitung.) In Flandern sind gestern wiederum neue feindliche Teilangriffe von unseren Stellungen in diesem Abschnitt der Westfront gemeldet...

„Die Entscheidungsphase des Weltkrieges“

Bern, 1. Oktober. (Eig. Drabbericht.) Stegemann schreibt im „Berner Bund“: „Der Weltkrieg ist in die Entscheidungsphase getreten. Die Hauptentscheidung steht an der Westfront gebunden, wo die Gegner sich auf das engste umfassen halten.“

Genf, 1. Oktober. (Eigener Drabbericht.) Der „Temps“ meldet von der Front: Auch in der Nacht konnten die Eroberungskämpfe nicht mehr zur Ruhe kommen...

Angriffen vor. Der Kanonendonner von der Front ist so gewaltig, daß er bis zum Meere in Boulogne und Dieppe gehört wird.

Jülich, 1. Oktober. (Eigener Drabbericht.) Die „Jülicher Morgenzeitung“ schreibt heute: Die Weltlage hat seit drei Tagen eine Spannung erreicht, die kaum zu überbieten sein wird.

Nachklänge zur Ermordung Eichhorns

Moskau, 30. September. (Eig. Drabbericht.) Aus Orcha wird gemeldet: In Riew sind alle, die wegen der Ermordung Eichhorns verhaftet worden waren, in Freiheit gesetzt worden.

Letzte Drahtnachrichten

15 000 Tonnen versenkt

Wib. Berlin, 30. September. (Amtlich.) Im Sperrgebiet um England versenken unsere U-Boote 15 000 T.-A.-T.

Die Kämpfe in Palästina

Bern, 1. Oktober. (Eigener Drabbericht.) Dem „Berner Tagblatt“ zufolge werden englische Truppen, die Militärkräfte seien der Ansicht, daß die türkischen Truppen hinter den Seen von Genezareth und Libanus neue Verteidigungsstellungen beziehen werden.

Venizelos in Saloniki

Genova, 1. Oktober. (Drabbericht.) Venizelos ist am 28. September nach Saloniki abgereist.

Ausstand der Züricher Bankbeamten

Zürich, 30. September. (Eig. Drabbericht.) Infolge Gehaltsfragen sind die Züricher Bankangestellten in den Ausstand getreten. Die Banken sind geschlossen.

Berliner Börse

(Eigener Drabbericht)

Berlin, 1. Oktober, 1 Uhr 25 Min. Die Börse zeigte nach den Erhebungen der letzten Tage, wie nicht anders zu erwarten, überaus große Empfindlichkeit und reagiert auf allenhand Gerüchte...

Polyphon, Deutsche Maschinen, Flender Brückenbau und Sarcharin a's niedriger zu erweisen. Petroleumwerte, die schwächer eingestuft hatten, konnten sich späterhin eher belebigen, insbesondere Sarcharin Romana. Russische Bankaktien veränderten sich nur wenig; heimische Bankaktien lagen schwächer.

Heimische Anleihen gaben nur wenig nach; auch bei den österreichischen und ungarischen Fonds waren die Höchstkurse nicht so stark; russische Renten und Zinsscheine waren gebessert; Chinesen wurden gesucht, Chilosen eher angeboten. Der Geldmarkt hatte alte Sätze.

Berlin, 1.30 Uhr.

Im weiteren Verlaufe wurde die Haltung der Börse auf den günstigeren Heeresbericht hin etwas freundlicher.

Der Markt der mit Einheitskursen notierten Werte zeigte ein tröstliches Aussehen. Die Minusminus-Zeichen wurden nicht mehr angeschrieben. Die Notenzahl der Papiere war gestiegen, da dem Angebot keine genügende Nachfrage gegenüberstand. Als niedrigere seien erwähnt: Seifert Maschinen, Deutscher Gas, Zeitungs-Maschinen, Heid & Franke, Essener Steinkohlen, Königshorn, Hünepf, Eisen. Höher stellten sich Lüdenscheider Metall, Vereinigte Holzfabrik, Sächsisch-Thüringische Zement, Busch-Waggon und Berlin-Gubener Hut.

Leipziger Börse vom 1. Oktober

Die Stimmung an der Börse war heute bei kleinem Geschäft entschieden etwas beruhigter, wenngleich auch auf einzelnen Marktgebieten verschiedene Papiere recht beträchtlich gestiegen wurden; andererseits waren aber auch verschiedene Kurssteigerungen zu verzeichnen.

Auf dem Gebiete der Industripapiere wurden von Kohlenaktien Zwickauer Brückenberg niedriger als dem Markt genominen. Mansfelder und Oelsbiter-Kuxe blieben unverändert.

Maschinenwerte lagen vorwiegend schwach. Zwar konnten sich u. a. Chemnitz-Zimmermann etwas aufbessern, andererseits aber waren Hartmann, Peniger, Germania u. a. m. prozentweise niedriger.

Unter den Textilwerten fielen durch besonders scharfe Rückgänge Bachmann & Ladewig sowie Chemnitz-Aktien Spinner auf; rückläufig bewegten sich ferner Textilos, Tittel & Krüger, Tränkner & Würtel, Kammgarn Hartbau, Thüringer Wollgarn, Gantzsch, Baumwollspinnerei Mittweida, Baumwollweberei Mittweida und Norddeutsche Wolle. Höher stellten sich Leipziger Spitzen, Leipziger Wollkammerlei, Störh, Weißthaler Aktienspinner und Färberei Glauchau. Infolge Materialmangels konnten Mooreane nicht gehandelt werden.

Von Zuckeraktien fielen Rositzer um fast ein Drittel Prozent zurück; auch Hallesche konnten sich nicht behaupten, während Glaugener anstiegen; Sarcharin und Würzener Kunststoffscheine stiegen an; Riquet veränderten sich nicht. Von Brauereipapieren traten in rückläufige Bewegung Riebeck Stämme, Goldis und Lübeker Bier, wogegen Vereinsbier und Leipziger Malz anstiegen.

Musikpapiere lagen vorwiegend fest; sowohl Piano Zimmermann als auch Ludwig Hopfeld stiegen an, während allerdings Polphon den gestrigen Gewinn wieder abgab. An sonstigen Industripapieren lagen hönig Weigel & Naumann, Fritz Schulz, Omühl, Fritzsche, Pinkau und Porzellanfabrik Waldassen. Abgeschwächt lagen Leipziger Düngersport, Paradiesbitter Steiner, Groß, Najork und besonders Prescher. Ferner bewegten sich rückläufig Sächsische Bronze, Reudener Ziegel und Weber.

Der Markt der Bankaktien zeigte nur Schwäche. Niedriger stellten sich Allgemeine Deutsche Credit-Anstalt, Leipziger Hypothekbank, Deutsche Bank, Chemnitz-Bankverein, Mitteldeutsche Privatbank und Leipziger Immobilien. In Transportwerten gaben Große Leipziger Straßenbahn nach.

An Anlagemarkte wurden 4proz. Reichsanleihen billiger, sächsische Rente unverändert gehandelt. In den Stadtanleihen kamen 4proz. Leipziger und alte Karlsbader auf letzter Basis in Betracht. Von Pfandbriefen gingen 4proz. Leipziger Hypothekbank an, während 3 1/2proz. in Nachfrage standen. An Eisenbahnprioritäten stellten sich Buschradler höher.

Gegen Schluß der Börse traten bei älteren Maschinenwerten noch größere Rückgänge ein, so bei Sondermann & Sier, Pflüger, Goldern, Ceres und Dippo. Besonders scharf gedrückt wurden Sächsische Werk, während Ponge sich hob. Rückläufig waren ferner Hugo Schneider, Wolf Maschinen, Deutsche Eisenhandel und Hallesche Zement.

Hauptförstler Dr. Erich Cseh.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Erich Cseh. Hauptförstler Dr. Erich Cseh. Leipzig, 1. Oktober 1918.

M. Ritter

Matthäikirchhof 32. Beerdigungen, Feuerbestattungen. Tel. 298. Tel. 4994.

Ismael Friedmann

Roman

Carl Hauptmann.

In Jungholz sangen und jubilierten die Stare. Der jährlinge Frühling überblühte die alten Parkbäume und die Vorstadt und umschlang hold Schloß und Steinrampen...

Wesen zu gleicher Zeit aus dem Schloße in dünnen Dornenbüschen aufwachen und miteinander leuchten im Chöre und miteinander tönen im Chöre. Und daß die Vögel alle ihr Nest bauen. Und daß die Augen aller Kreaturen sich weiten. Und daß die Knospen ihr Geheimnis erschließen.

flürende Woge den Strand greift. Wie Sisyphus den Stein rollt. Die Welle flüht ewig. Sie wird Jahrtausende nicht müde. Und sie jernagt ewig den Strand ohne Ziel. Und die jernagten Felsen rollen ohne Ziel in die Tiefe.

Leipzig und Umgebung

Veranlassung der Leipziger Weinpreise. In einer äußerst reichhaltigen Besprechung der Weinpreise...

Das Jubiläum des Leipziger Zweigvereins der ev.-luth. Mission... am 20. und 21. Oktober gefeiert werden.

Veranlassung der Leipziger Weinpreise. In einer äußerst reichhaltigen Besprechung der Weinpreise...

Jubiläum. Heute, am 1. Oktober, sind 40 Jahre verflossen, seitdem der Südschlesischer Eisenerz...

Lebensevents. Heute, am 1. Oktober, sind 40 Jahre verflossen, seitdem der Südschlesischer Eisenerz...

Lebensmittelliste für Mittwoch, 2. Oktober. Für Haushaltungen. Anmelden. Fleisch...

Kartoffeln: Bezugsannahme durch die Großhändler. - Kunsthonig: Warenentnahme...

Sächsische Nachrichten

Chemnitz, 1. Oktober. Staatsanwalt Dr. Poßner hierüber ist vom 1. November ab zum Direktor der Landesgefängnisse Waldheim ernannt worden...

Aus dem Reich

Das Geheimnis des Wärenmüngers. Die Stadt Landau erfährt sich eines Verräters...

Sport und Spiel

Jagdport. Die Jagd im Oktober. Mehr noch als im September bietet der Monat Oktober...

Briefkasten

Mehrere Anfragen. Die Anmeldungen von Wein zur Nachverkürzung sind am das Reg. Hauptamt...

Handels-Zeitung

Vom Leipziger Rauchwarenmarkt

schreibt uns unser fehmännlicher Rauchwaren-Mitarbeiter: Infolge der politischen Lage hat das Geschäft eine Abschwächung erfahren...

Neue Papiere in Berlin. Die Zulassung zum Börsenhandel ist für 500.000 A neuer Aktien der Akt.-Ges. Neptun...

Aktien-Malzfabrik Löbau. Das Unternehmen arbeitet nach dem Geschäftsbericht für 1917/18 mit einem Rohgewinn von 45.901 A...

Dividendenerklärungen

Vereinigte Hüttenwerke Burbach-Eich-Düdelange. Eine Dividende von 72 A (V. 64) A.

Zahlungsstellen usw.

A.-A. = Anmeldeamt, L. G. = Erste Gläubiger-Versammlung, P. T. = Pfandbesitzer...

Leipziger Anzeiger

Verantwortlicher Redakteur: Dr. phil. h. c. h. E. Schulze. Druck: Druckerei des Leipziger Anzeigers...